

Heute vor drei Jahren wurde die KPD verboten:

# Aber ungebrochen kämpft sie gegen Militarismus, für Frieden und Demokratie

Vor nunmehr drei Jahren, am 17. August 1950, erklärte das Karlsruhe-Bundesverfassungsgericht, beauftragt von der Bonner Regierung, die Kommunistische Partei Deutschlands als „verfassungswidrig“ und verbot sie, weil die KPD „als einzige Partei in der Bundesrepublik konsequent gegen Monopolkapital, Militarismus und imperialistischen Krieg, für Frieden, Demokratie, die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu ihrem demokratischen, fortschrittlichen Kampf eintritt“.) Die westdeutsche Reaktion hoffte mit dem Verbot die Partei der Arbeiterklasse zerschlagen und aus dem politischen Leben des Westzonenstaates ausschalten zu können. Das ist den Imperialisten nicht gelungen.

Heute kämpfen Zehntausende Kommunisten Westdeutschlands gegen die Atompolitik der Monopolbourgeoisie, gegen die zunehmenden Uebergriffe der

gen den Willen des deutschen Volkes, die atomare Ausrüstung der neu geschaffenen Bundeswehr.

Die Kommunisten kämpften von Anfang an gegen den wiedererstehenden Imperialismus und Militarismus. Die KPD trat jedem Augenblick für ein demokratisches Deutschland mit einer konsequent auf den Frieden ausgerichteten Politik ein. Sie warnte frühzeitig vor dem antinationalen Treiben der in- und ausländischen Reaktion. Sie bekämpfte stets mutig und entschlossen den gefährlichen politischen Kurs der volksfeindlichen Kräfte. Bereits im November 1949 prangerte der kommunistische Bundestagsabgeordnete Walter Fisch Adenauers schändlichen Verrat unmißverständlich an. „Sie treiben eine Politik, die unvermeidlich in das Abenteuer hineinzuweisen muß“, rief er dem Kanzler der Alliierten im Bundestag zu. „Sie unterstützen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands“, so charakterisierte

staat zum klerikal-militaristischen Staatswesen.

Wollte die Kommunistische Partei Deutschlands aktiven Widerstand gegen diese verderbliche Politik leisten und seit jeder der erbitterteste Feind des deutschen Imperialismus und Militarismus war und ist, wurde sie von der westdeutschen Reaktion verboten. Das Verbot der KPD, vom Parteivorstand der KPD am 17. August 1950 als ein „schwerer Angriff gegen den Frieden, die Freiheit und Demokratie, die sozialen Interessen der Werktätigen und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands“ gekennzeichnet, ist ein bedeutungsvoller Schritt auf diesem Wege der Bundesrepublik zur Militärdiktatur, das nicht nur die konsequentesten antimilitaristischen Kräfte auszuschalten beabsichtigte, sondern gleichermaßen alle Friedenskräfte Westdeutschlands einschüchtern sollte und jegliche ernsthafte Opposition gegen den imperialistischen Kriegskurs von vornherein unmöglich zu machen versuchte.

Noch so brutaler Terror vermag jedoch den Widerstand gegen die Atombombenpolitik nicht zu brechen. Drei Jahre harte illegale Arbeit der Kommunisten hat das bewiesen. Außerdem ist 1950 nicht das Jahr 1933. Heute existiert in einem Teil Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik als Friedensstaat, der den unermüdeten Widerstand der patriotischen Kräfte mit seiner Friedenspolitik aktiv unterstützt, heute gibt es das Lager des Sozialismus als Bollwerk gegen Krieg, Militarismus und Faschismus, versichert der deutschen Arbeiterklasse 15 kommunistischen und Arbeiterparteien Ende vorigen Jahres ihre brüderliche Solidarität.

## Kein Terror kann den Widerstand brechen

Die KPD vertritt als einzige Partei in Westdeutschland die wahren Interessen unseres Volkes. Erst vor kurzem bestätigte die Haltung der Delegation des Parteivorstandes der KPD in Genf unsere Feststellung. Weil das so ist, die Kommunisten wirkliche Freiheit und Demokratie, die Herstellung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik als Voraussetzung der friedlichen Wiedervereinigung und den Frieden anstreben, fordern wir die Aufhebung des KPD-Verbots, verlangen wir Freiheit für die KPD!

Fritz Krause

1) Aus den Thesen des Parteitages der KPD von 1951.

2) Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD zum Abschluß der mündlichen Verhandlungen im Verbotsprüfungsausschuß des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

3) Walter Fisch auf der 18. Sitzung des Bundestages, 25. November 1949.

**Deutscher Freiheitssender**  
904

Von 5.00 bis 5.30 Uhr  
Von 23.00 bis 23.30 Uhr  
von 23.30 bis 02.30 Uhr  
täglich auf Mittelwelle  
231,5 m — 904 kHz

Jugenderholung jeden  
Dienstag  
von 21.30 bis 22.30 Uhr

„Hier ist der Deutsche Freiheitssender 904...“ Täglich können Millionen die Stimme der Kommunistischen Partei Deutschlands hören. Sie hören die Wahrheit über das klerikale, militaristische Adenauerregime, sie hören die Wahrheit über die DDR.

**Freiheit für die Kommunistische Partei Deutschlands!**

Im Sommerlager:

# Eine gelungene Schillerehrung

Am 5. August fand für die Teilnehmer des Studentenlagers in Tambach eine Schillerehrung statt. Die Veranstalter — Studenten der Fachschaft Germanistik-Anglistik — hatten besonders die Neumatrikulierten, die Lehrende und Jungarbeiter des Lagers eingeladen. Und es waren so viele gekommen, daß man die Feier in einen größeren Raum verlegen mußte. Die musikalische Umrahmung leitete Helga Grünig — Germanistin mit dem zweiten Fach Musik-erziehung. Besonders hervorzuheben sei hier die Einstudierung „Tausend fleißige Hände regen“ aus Schillers „Glocke“ in der Vertonung von Romberg.

Wolfgang Brekler vom 5. Studienjahr der Germanisten gab einleitend einen kurzen Ueberblick über Schillers Werk. Mit der dann folgenden Auswahl der

Zur Geschichte unserer Universität:

## Die Studien- und Hochschulreform 1950/51

Der erste Fünfjahrplan zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft stellte auch der Wissenschaft und Technik große Aufgaben. Einmal mußte die Forschung intensiviert und den Belangen des Planes angepaßt, zum anderen ein wissenschaftlich-technischer Nachwuchs erzogen werden, der zum Nutzen des Arbeiter- und Bauern-Staates, zur maximalen Erfüllung des Planes beiträgt. Um mit der ökonomischen und politischen Entwicklung unseres Staates Schritt zu halten, galt es den neuen Anforderungen auch in Lehre, Forschung und Erziehung an den Universitäten und Hochschulen Rechnung zu tragen.

### Der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen

Aus diesem Grund empfahl der III. Parteitag der SED, die erste Funktionärskonferenz der FDJ (26. bis 28. November 1950) und das 4. Plenum des ZK der SED (19. Januar 1951) die Durchführung einer grundlegenden Studienreform, die Einführung des Zehn-Monate-Studienjahres. Es wurde angeregt, das Studium so zu organisieren, daß die Studenten in Verbindung mit der gesellschaftlichen Praxis auf ihren bestmöglichen Beruf vorbereitet werden. Maßnahmen zur qualitativen Hebung des Universitätsstudiums, ein planmäßiger und kontrollierter Unterricht nach allgemeinverbindlichen Lehrplänen, Zwischenprüfungen, die Bildung von Seminargruppen, die Durchführung von Praktika, die Einführung des russischen und deutschen Sprach- und Literaturunterrichts und des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums wurden vorgeschlagen. Die Vorschläge der Partei der Arbeiterklasse, der FDJ und die Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens (22. Februar 1951) fanden an unserer Universität lebhafteste Zustimmung.

Unter Führung der Universitätsparteiorganisation bereiteten die fortschrittlichen Wissenschaftler und Studenten das erste Zehn-Monate-Studienjahr vor, das im September 1951 durch Feierstunden an allen Fakultäten eröffnet wurde. In vielen Beratungen und Aussprachen standen der neue Studienablauf, die Einführung des Zehn-Monate-Studienjahres und die damit verbundene Umstrukturierung unserer Universität im Mittelpunkt. Besondere Bedeutung erhielten in diesem Zusammenhang die Sitzungen des Akademischen Senats vom 21. Februar 1951 und die Arbeitsbesprechung vom 2. April 1951. Gemeinsam mit Vertretern des neugegründeten Staatssekretariats für Hochschulwesen wurden die Maßnahmen der Studienreform und ihre Durchführung eingehend beraten. Der Auffassung der Mehrheit der Wissenschaftler entsprach voll und ganz die Erklärung, die Prof. Dr. Thalmann im Namen der damaligen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät am 2. April abgab. Er erklärte: „Wir begrüßen es... daß jetzt im Hochschulwesen den grundsätzlichen Tatsachen Rechnung getragen wird, die unsere gesellschaftliche Entwicklung bestimmen. Wir haben uns nicht nur... hinter den Gedanken des Zehn-Monate-Studiums gestellt, sondern bereits in unserer ganzen Arbeit die Konsequenzen gezogen, die jetzt in den Vordergrund treten.“

### Bedeutende Errungenschaft: Studium des Marxismus

Die Wissenschaftler befürworten vor allem die Vorschläge, die der Verbesserung der akademischen Lehre und Forschung dienen, da sie ihrem eigenen Streben nach hohen wissenschaftlichen Leistungen entgegenkommen. Einige Bedenken zum Berufspraktikum, zu den Seminargruppen und später zu den Vorlesungsprogrammen änderten nichts an ihrer prinzipiellen Zustimmung zur Hochschulreform und ihrer Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit. Aufbauend auf ihren reichen theoretischen und praktischen Erfahrungen und Kenntnissen erarbeiteten die Wissenschaftler Studienpläne, die den gesellschaftlichen Anforderungen unseres Staates entsprechen und auf den fortschrittlichsten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren.

Bedeutende erzieherische Aufgaben bei der Durchsetzung der Studienreform löste die FDJ-Grundorganisation an der Karl-Marx-Universität. In enger Zusammenarbeit mit Professoren, Dozenten und Assistenten, mit Hilfe und Unterstützung der Mitglieder der SED erläuterte sie den Studenten Inhalt, Ziel und Bedeutung des neuen Studienablaufes. Durch ihre rege vielseitige Tätigkeit trug sie wesentlich dazu bei, daß die Vorschläge der Partei der Arbeiterklasse an unserer Universität rasch, ohne große Schwierigkeiten verwirklicht werden konnten.

Die fortschrittliche Studentenschaft unserer Universität schenkte der Erziehung der allgemeinbildenden Studienstudien, die dem Fachstudium eine solide Grundlage gaben, bei der Verwirklichung der Studienreform besondere Beachtung — dem russischen und deutschen Sprachunterricht, den Praktika und dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie. Letzteres war zweifellos die bedeutendste Errungenschaft des Studienablaufes. In den von Franz-Mehring-Institut durchgeführten Vorlesungen und Seminaren lernten die Studenten die Probleme der marxistischen Philosophie und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennen, aus denen sie wichtige Lehren für ihre politische und fachwissenschaftliche Arbeit zogen. Ziel der Vorlesung und Seminare war, durch eine auf hohem Niveau stehende Darlegung des wissenschaftlichen Sozialismus den Einzelwissenschaften ein festes philosophisches Fundament zu geben, bei den Studenten sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln und zur Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften beizutragen, die unserer Republik treu ergeben sind.

### Sozialistische Umgestaltung eröffnet

Die Verwirklichung der Studien- und Hochschulreform beendete die erste Etappe der demokratischen Umgestaltung des Hochschulwesens. Eine neue Etappe in der Geschichte von Lehre und Forschung begann auch an unserer Universität. Wissenschaftliche Planung und bessere Organisation besitzigten die zum Teil sporadische, oft der Einzelinitiative überlassene Weiterentwicklung der Wissenschaft.

Die planmäßige allseitige Ausbildung und Erziehung wissenschaftlich und politisch hochqualifizierter Fachleute begann.

Der neue Studienablauf führte zu einem raschen Anstieg der Qualität des Lehr- und Forschungsbetriebes. Er beseitigte nicht nur Fehler und Schwächen in der Arbeit der Universität, sondern eröffnete die revolutionäre Umwälzung die sozialistische Umgestaltung unserer Karl-Marx-Universität.

Bedeutete der erste Fünfjahrplan die Schaffung der Grundlagen für eine sozialistische Volkswirtschaft, so war die Studien- und Hochschulreform die Grundsteinlegung für die weitere sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik.

Gerhard Schwendler

### Studium der Praxis im Patenbetrieb

Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus arbeiten gegenwärtig je drei Wochen als Assistenten beim Parteisekretär des VEB Drehmaschinenwerk. Der Einsatz soll eine enge Verbindung zur sozialistischen Praxis herstellen, um Vorlesungen und Seminare zu verbessern und die ideologische Arbeit im Betrieb zu unterstützen.

Die Assistenten beschäftigen sich besonders mit Fragen der Planung und Leitung der ständigen Produktionsberatungen und der Geschichte des Betriebes.

Die Wissenschaftler unterstützen die Parteiorganisation aktiv bei der Erziehung aller Genossen und Kollegen zu einer hohen sozialistischen Arbeitsmoral.

Diese Art der Verbindung unserer Universität zum VEB Drehmaschinenwerk soll künftig noch erweitert werden.

Um zusammenzufassen: Die Schillerehrung war gelungen und hatte Niveau. Der Beifall war verdient. Und es war richtig, das Programm in Tambach vor Bevölkerung und FDJ-Gruppe zu wiederholen.

Margot Matschke, 9. Hundertschaft

Universitätszeitung, 17. 8. 1950, Seite 3

**FREIES VOLK**  
Organ des Zentralbundes der Kommunistischen Partei Deutschlands  
14. Jahrgang Nr. 17 (32) 1. Mai-Woche Preis: Solidartätsgeld

**Für eine neue Politik, für Entspannung und Frieden!**

**Manifest**  
der Kommunistischen Partei Deutschlands

**Entspannung, Frieden und Freiheit durch Friedensvertrag!**

**Adenauers Meinung ist nicht die des deutschen Volkes**

Walter Fisch damals Adenauers Politik. Gleichzeitig bekannte er mutig und offen, daß die Kommunisten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, „mit ganzer Energie und ohne Rücksicht und mit dem ganzen Volke gegen alle Bestrebungen und Tendenzen der Militarisation kämpfen werden“.)

### Immer wieder Verfassungsbruch zugunsten der Remilitarisierung

Die Bonner Regierung versuchte diesen Widerstand der KPD und des deutschen Volkes gegen die Remilitarisierung. Millionen Deutsche hatten sich bekanntlich mit ihrer Unterschrift gegen den Aufbau der westdeutschen Söldnerarmee ausgesprochen und verlangten den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie seine baldige Wiedervereinigung, mit Verboten und Prozessen im Keime zu ersticken. Immer wieder brach sie aus diesem Grunde die eigene Verfassung. Die herrschenden Kreise des Westzonenstaates mißachteten jegliche demokratischen Rechte und Freiheiten, sie stellten bewußt große Teile der westdeutschen Bevölkerung unter Ausnahmegericht. Beispielsweise verbot die Bundesregierung mit der sogenannten Ausnahmeverordnung schon im September 1950 allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes jede Tätigkeit in der KPD und in anderen demokratischen Organisationen. Im März 1951 verkündete die Adenauerregierung einen Boykottverbot, der staatliche Sanktionen Firmen und Unternehmungen androhte, die politische Vereinigungen — verfassungsfeindlichen — Charakteres — gemeint war die KPD — weiterhin unterstützten. Das war ein weiterer eklatanter Bruch des Grundgesetzes.

Im gleichen Jahr erfolgte das Verbot der FDJ und zahlreicher anderer Organisationen. Damals entstandene reaktionäre und militaristische Vereine dagegen sind von der Bonner Regierung offen unterstützt worden. Sie hatten volle Freiheit. Höhepunkt der Verfolgungswelle bildete das Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung (April 1951). Mit der Annahme des sogenannten Strafrechtsänderungsgesetzes (als Blitzgesetz bekannt), es gleicht stark dem faschistischen „Gesetz zum Schutze von Volk und Staat“, wurde die politische Gesinnungsjustiz zu neuem Leben erweckt. Im gleichen Jahr stellte die Adenauer-Regierung den Antrag auf Verbot der KPD. Schließlich schränkte das 1952 erlassene Betriebsverfassungsgesetz die Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften weitgehend ein.

### KPD-Verbot — Schritt zur militaristischen Diktatur

So verließ die Bundesregierung mehr und mehr den Boden der vom Grundgesetz bestimmten demokratischen Gesetzlichkeit, mißachtete den Willen des Volkes zugunsten der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, regierte gegen Volk und Verfassung, wie es drastisch die Verweigerung der von den Ländern und Gemeindeparlamenten beschlossenen Volksabstimmung gegen den Atomtod ausdrückte. Immer offener entwickelte sich der imperialistische Westzonen-

### Gegner der Atomrüstung sollten mundtot gemacht werden

Bekanntlich war das Verbotsurteil gegen die KPD ein von den Militaristen sorgfältig vorbereitetes politisches Komplot. Es hatte der Remilitarisierung den Weg zu ebnen und sollte den Kampf gegen alle politischen Gegner Adenauers und des deutschen Militarismus einleiten. Die politische Praxis Bonns seit dem Verbotsurteil der Bundesregierung gegen die KPD (22. November 1950) brach das hundertfach zum Ausdruck. Markante Punkte dieser verhängnisvollen Entwicklung sind die Unterzeichnung der EVG und Generalvertrages, seine Annahme durch Bundesrat und Bundestag, die Änderung des Sommer Grundgesetzes zugunsten einer allgemeinen Wehrpflicht, nach dem Scheitern des EVG-Abkommens dann die Ratifizierung des Pariser Vertrages und anderes mehr gewesen. Allein in dem Zeitraum vom 3. Mai 1953 bis zum 23. März 1958 das westzonale Parlament mit Stimmenmehrheit, aber gegen

Präsidentenwahl unter der Lizenz-Nummer 208 B des Prospektes beim Ministerpräsidenten der DDR, — erscheint wöchentlich. Anschrift: Redaktion: Leipzig C 1, Bitterstraße 16, Telefon 77 21. Sekretariat App. 201, Bankkonto 20 363 bei der Stadt- und Kreisbank Leipzig. — Druck: Leipziger Volkszeitung. — C 1, Feinstraße 12. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.